

## Post Frankfurt

"Bu isyerin'de grev var!" "Dieser Betrieb wird bestreikt" hieß es während des Arbeitskampfes im öffentlichen Dienst auch bei den Frankfurter Postämtern 1, 2, 3 und 4 am Hauptbahnhof. Neu daran war, daß als "Amtssprache" vor der bestreikten "Post-Fabrik" Türkisch gesprochen wurde. In diesem Komplex, der die größte Briefverteilanlage Europas beherbergt und in dem insgesamt ca. 7000 Postler arbeiten, waren die Beschäftigten mit einer kurzen Unterbrechung insgesamt 11 Tage im Streik.

Am Montag, dem 27.4., hatte die Deutsche Postgewerkschaft zunächst zu einem Streik über eine Schicht aufgerufen. Am folgenden Tag wurde dann ein unbefristeter Streik erklärt, der bis in die Nacht des Tarifabschlusses am 7./8.5. aufrechterhalten wurde. Daß hier zum ersten Male seit dem Schichtdienststreik von 1980 (vgl. Arpo 1/1981) wieder über mehrere Tage gestreikt wurde, hatte zwei Gründe: Zum einen gab es erheblichen Unmut in der Belegschaft, der sich u.a. in einer von aktiven KollegInnen im Postamt 4 veranstalteten Unterschriftensammlung und in zahlreichen Drohungen mit Gewerkschaftsaustritten ausdrückte. Den meisten KollegInnen war klar, daß mit den in der Vergangenheit üblichen "Nadelstichen" kurzfristiger Streiks in dieser Auseinandersetzungen kein Blumentopf zu gewinnen war. Zudem wären die KollegInnen kaum bereit gewesen, sich an einem weiteren Kurzstreik zu beteiligen, denn auch schon nach einem Ausstand von einer Schicht bedeutet das Abarbeiten der liegengebliebenen Postsendungen erhebliche Mehrarbeit. Zum anderen war die Ausrufung des unbefristeten Streiks in Frankfurt eine Reaktion der DPG auf den massiven Streikbrechereinsatz von 1500 Beamten im Postamt 3 Hamburg. Der Gewerkschaftsvorstand war hier nicht bereit, dem Beamteneinsatz mit direkten Kampfmaßnahmen vor Ort zu begegnen, mußte aber gleichwohl der Generaldirektion Postdienst ein Zeichen des Widerstandes setzen. Deutlich wurde damit bereits am Beginn des Ausstandes in Frankfurt, daß der Hauptvorstand sich auf einem recht schmalen Grat zwischen den Erwartungen der KollegInnen einerseits und der harten Haltung der Arbeitgeber andererseits bewegte.

Der Erwartungsdruck bei den Streikenden war vor allem deshalb hoch, weil im Brief- und Paketumschlag zum überwiegenden Teil ArbeiterInnen in den unteren Lohngruppen beschäftigt sind. Allgemein herrschte die Stimmung vor, daß es mit den nicht nur am Arbeitsplatz spürbaren Belastungen der unteren Einkommensgruppen durch die Sparpolitik von Unternehmern und Regierung nun endlich genug sei. Die nach dem Beginn des Streiks von den Gewerkschaften wieder propagierte 9%-Lohnforderung wurde so zu einem Zeichen des Protestes. Anders als in früheren Lohnrunden nahmen die KollegInnen die Verhandlungsforderung der Gewerkschaften dieses Mal ernst und machten sie im Verlauf des Streiks zu ihrer Sache. Dies zeigte sich in einer bei den Belegschaften bislang ungekannten Bereitschaft, die Streikmaßnahmen auch durch einen gewissen

persönlichen Einsatz zu unterstützen. Erforderlich war z.B. eine große Zahl von Streikposten, die die vier weit voneinander entfernten Zufahrten der "Postfabrik" rund um die Uhr kontrollierten. Trotz anfänglicher Bedenken der verantwortlichen betrieblichen Funktionäre fanden sich aber ohne größere Probleme immer genügend KollegInnen, die den (vor allem in den Nachtstunden) nicht immer angenehmen Dienst versahen.

Der Streik zeigte so schnell Wirkung. Der Brief- und Paketverteilbetrieb für Frankfurt und darüberhinaus für weite Teile des Rhein-Main-Gebietes war bereits durch das am ersten Streikabend aufgelaufene und nicht verarbeitete Sendungsaufkommen lahmgelegt. Ein massiver Einsatz von Beamten wie in Hamburg hätte auf diesem Hintergrund kaum etwas bewirken können. In Frankfurt ließ sich die Unternehmensleitung Postdienst dann auch auf keinen provokativen Beamteneinsatz nach Hamburger Muster ein. Die ca. 100 Beamten des gehobenen und höheren Dienstes, die während des Streiks in die Postfabrik geschickt wurden, konnten kaum etwas bewegen und waren auch entsprechend arbeitsunwillig.

Die große Beteiligungsbereitschaft der KollegInnen wurde insbesondere von den betrieblichen Aktiven, die schon die Kampfmaßnahmen in vergangenen Tarifrunden mitgetragen hatten, als eine positive und neue Erfahrung gewertet.

Zu übersehen war dennoch nicht, daß sich der Unmut der Kollegen über die Sparpolitik von Arbeitgebern und Regierung kaum politisch Ausdruck verschaffte. Diskussionen über die politischen Zusammenhänge der Tarifaueinandersetzung gab es kaum, Ansätze zu einer "aktiven Streikführung" z.B. durch politische Information, Kulturprogramm oder auch nur gemeinsames Feiern ebensowenig. Während die betrieblichen Funktionäre, die so etwas hätten auf die Beine stellen können, voll mit der Organisation des täglichen Streikablaufes zu tun hatten, kamen weder vom Gewerkschaftsapparat noch wie sonst früher in Frankfurt oft der Fall - aus der politischen "Szene" irgendwelche Initiativen in dieser Richtung. Am deutlichsten wurde die politische Sprachlosigkeit der streikenden Postler (nicht nur nach außen, sondern auch untereinander) vielleicht daran, daß kaum einer von ihnen am 1. Mai den Weg zur Kundgebung fand, obwohl die Demo des DGB auch an den Postbetrieben vorbeizog. Die PostkollegInnen standen mit dieser Haltung allerdings keineswegs allein, denn auch aus anderen Betrieben des öffentlichen Dienstes war auf dem Römerberg kaum eine der streikenden Belegschaften sichtbar vertreten.

Eine Ausnahme in diesem Bild bildeten nur die türkischen KollegInnen aus dem Postamt 4, die nicht nur zahlenmäßig stark vertreten waren, sondern auch in der Organisation des Arbeitskampfes eine aktive Rolle spielten. Ohne ihre Beteiligung wären vor allem die Streikposten in den Nacht- und Morgenstunden kaum aufrechtzuerhalten gewesen. Sie waren die einzigen, die immer wieder versuchten, etwas Leben in die Streikführung zu bringen und wenigstens so elementare Dinge wie Verpflegung und Musik auf eigene Faust organisierten. Die in diesem Arbeitskampf erstmals so ins Auge

fallende Beteiligung der türkischen Beschäftigten, unter ihnen eine große Anzahl Frauen, ist zunächst Ausdruck der stark gestiegenen Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte im Brief- und Paketumschlag bei der Post in Frankfurt. Sie haben in den letzten Jahre in zunehmendem Maße jenen "Arbeitskräftemangel" in den Postfabriken ausgeglichen, der dadurch entstanden ist, daß die im Zuge der sog. "Postreform" von 1989 (vgl. Arpo 1/1990) eingetretene Verschlechterung der Arbeitsbedingungen die Jobs im Paket- und Briefumschlag auch für weniger qualifizierte deutsche ArbeiterInnen immer unattraktiver gemacht hat.

Auf diesem Hintergrund hat sich in der letzten Zeit beim Frankfurter Postamt 4 auch erstmals der seit Jahren vorhandene Protest gegen die selbstherrliche und abgehobene Arbeit der eingesessenen rechtssozialdemokratischen Gewerkschaftsführung im Amt organisieren können. Ausdruck fand dies insbesondere in einer von fortschrittlichen türkischen Kollegen initiierten "alternativen DPG-Liste", die bei den Personalratswahlen im letzten Jahr immerhin gut ein Fünftel der Stimmen und damit drei Personalratssitze im Arbeiterbereich gewinnen konnte (die "alternative Liste" war entstanden, nachdem die von der Mehrheit der Amtsgruppenversammlung gewählten Kandidaten aus den Reihen der türkischen sowie einiger fortschrittlicher deutscher KollegInnen vom Amtsgruppenvorstand von der Kandidatur ausgeschlossen worden waren).

Die Gegensätze zwischen der Personalratsmehrheit und den "Alternativen", die noch vor Jahresfrist in Flugblättern der Personalratsmehrheit mit z.T. deutlich rassistischen Untertönen ausgetragen worden waren, traten während des Arbeitskampfes fast völlig in den Hintergrund. Bemerkenswert war allerdings, daß die Funktionäre der Amtsgruppe des Postamtes 4, die in den letzten Jahren bei Arbeitskampfmaßnahmen fast immer durch Abwesenheit gegläntzt hatten, dieses Mal aktiv an Vorbereitung und Durchführung des Streiks teilnahmen. Die türkischen Kollegen ihrerseits gewannen durch ihre aktive Rolle im Streik auch bei vielen deutschen KollegInnen stark an Ansehen.

Das relativ geschlossene Zusammenstehen der Beteiligten KollegInnen und der betrieblichen Gewerkschaftsfunktionäre untereinander konnte das Ende des Streiks aber kaum überdauern. Dies wurde bereits sichtbar, als in den späten Abendstunden des 7. Mai die Einigung zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften in den Stuttgarter Verhandlungen bekannt wurde. Zwar wurde das erzielte Ergebnis von der überwiegenden Mehrheit der am Streik beteiligten KollegInnen als mager empfunden. Unterschiedlich waren indes die Reaktionen. Die überwiegende Mehrheit der Beschäftigten (vor allem der deutschen) nahm das Ende des Arbeitskampfes mehr oder weniger resignierend hin und verschwand alsbald nach Hause. Die im Streik aktiven türkischen KollegInnen wollten ein solches Sich-Verabschieden aus der Auseinandersetzung indes nicht hinnehmen und diskutierten über Protestaktionen gegen den Hauptvorstand. Als Zeichen des Protestes wurde spontan die Straße vor den Postanlagen am Haupt-

bahnhof besetzt - das unverschämte Auftreten einer aus dem Bahnhofsviertel herbeigeeilten Polizeistreife hätte dabei fast noch eine größere Auseinandersetzung mit der Polizei verursacht. Unter den am Streik beteiligten betrieblichen GewerkschaftsfunktionärInnen (mit Ausnahme der türkischen) schließlich zeigte sich allerdings am Ende des Streiks und in den Tagen danach eine deutliche Tendenz, den Abschluß eher positiv und als Erfolg des Streiks zu bewerten. Verwiesen wurde hierbei vor allem auf die Einmalzahlung für die unteren Lohngruppen, die vielen PostkollegInnen eine Lohnerhöhung von insgesamt 6,2% beschere.

Daß dies von der Mehrheit der am Streik beteiligten KollegInnen nicht so gesehen wurde, zeigte die Urabstimmung. Die türkischen Aktiven beim Postamt 4 mobilisierten für eine Ablehnung des Verhandlungsergebnisses, während die Mehrheit der DPG-Vertreter im Betrieb zumindest hinter vorgehaltener Hand den KollegInnen die Annahme empfahl. Auch kam es während der Urabstimmung schon wieder zu der aus früheren Auseinandersetzungen bekannten Annäherung der Personalratsmehrheit beim Postamt 4 gegen die türkischen KollegInnen, etwa indem man diese der Manipulation von Abstimmungszetteln beschuldigte. Während auch der Bezirksvorstand Hessen, der sich gerne als tarifpolitische "Speerspitze" der DPG sieht, in der großen Tarifkommission der DPG für das Verhandlungsergebnis stimmte, zeichnete sich in Hessen allerdings eine nur unterdurchschnittliche Zustimmung ab. Zwar wurden auch hier die regionalen und örtlichen Ergebnisse der Urabstimmung geheimgehalten. Von Vertretern des Bezirks war allerdings zu hören, daß die Zustimmung zum Verhandlungsergebnis in hessischen Postbetrieben zwischen 35% und 48% und damit unter dem bundesweiten DPG-Durchschnitt von 51,4% lag. Das mit Abstand schlechteste Urabstimmungsergebnis gab es dabei mit 35% im Postamt 4 Frankfurt.

Vieles spricht dafür, daß die in dem Ergebnis der Urabstimmung zum Ausdruck kommende breite Enttäuschung der Mehrheit der am Streik beteiligten DPG-Mitglieder die insgesamt positive Erfahrung des Arbeitskampfes überwiegt und eine ähnliche Mobilisierung in kommenden Tarifaussensetzungen erschweren wird. Auch wenn hierüber unmittelbar nach Abschluß des Streiks nur spekuliert werden kann, so steht für die im Streik aktiven KollegInnen der Frankfurter Postfabrik jetzt die politische Aufarbeitung der Erfahrungen des Streiks an. Zu befürchten ist, daß eine solche Diskussion im Grabenkrieg der Personalratsmehrheit des Postamtes 4 gegen die "Alternative Liste" gar nicht erst stattfindet.

Die türkischen KollegInnen stehen in dieser Auseinandersetzung innergewerkschaftlich bis auf weiteres allein. Zusammenhänge oppositioneller linker Gewerkschafter, die hier Unterstützung leisten könnten, existieren in Frankfurt schon seit Jahren nicht mehr.